

# Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Mittwoch, 28. November 2012 · Nr. 278/48 D 2

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

2,10 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

## Harsche Kritik an Googles „Propaganda“

F.A.Z. FRANKFURT, 27. November. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hat sich über die Kampagne des Internetkonzerns Google gegen das geplante Leistungsschutzrecht verwundert gezeigt. Sie sei erstaunt, dass ein marktbeherrschendes Unternehmen versuche, die Meinungsbildung zu monopolisieren, sagte sie dem „Handelsblatt“. Google hatte sich am Dienstag mit einer Kampagne auf seinen eigenen Websites in die Diskussion über ein Gesetzesvorhaben im Bundestag eingeschaltet. Das Leistungsschutzrecht zugunsten von Presseverlagen bedeutet unter anderem, dass Google für die Darstellung von Textauszügen Gebühren an die Verlage entrichten muss. Google fordert seine Nutzer auf, sich bei den Bundestagsabgeordneten gegen das Gesetz stark zu machen. Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) verurteilten die Kampagne als „üble Propaganda“. Der Suchmaschinenkonzern nutze seine marktbeherrschende Stellung einseitig für die eigenen Ziele. (Siehe Feuilleton, Seite 25; Kommentar Seite 8.)

## Heute

### Ein Android wie du und ich?

Die Technik geht fehl, wenn sie sich nur aufs Kopieren konzentriert: Noch besteht kein Roboter den Test, als Mensch unter Menschen durchzugehen. **Feuilleton, Seite 25**

### Wowereit scherzt wieder

Die Pannen beim neuen Großflughafen mögen den Regierenden Bürgermeister nicht erheitert haben. Aber immerhin sieht die SPD/CDU-Koalition Berlin nach einem Jahr im Aufschwung. **Politik, Seite 4**

### Feurige Zeichen

Seit 2009 haben sich 85 Frauen und Männer aus Protest gegen die chinesische Herrschaft über Tibet selbst verbrannt – nicht nur Mönche und Nonnen. Für Peking steckt der Dalai Lama dahinter. **Politik, Seite 5**

### Schwimmende Wohnheime

Bezahlbare Wohnungen für Studenten werden vielerorts vorerst Mangelware bleiben, sagt Bauminister Ramsauer. Es würde sogar geprüft, Kasernen umzuwidmen. Die Länder seien in der Pflicht. **Wirtschaft, Seite 11**

### Mann aus der Nebelküche

Zum ersten Mal in seiner Karriere geht Arnd Peiffer als Vollprofi in die neue Saison der besten Biathleten. Vor dem Auftakt in Östersund sind die Voraussetzungen für ihn besser denn je. **Sport, Seite 23**

### Maschinerie des Fleisches

Der Maler Cornelis van Haarlem gilt als holländischer Michelangelo: Jetzt widmet seine Heimatstadt dem aufrührerischen Manieristen eine Ausstellung zu seinem 450. Geburtstag. **Feuilleton, Seite 27**

### Ethik muss auch schmecken

So viel Moral war in Ernährungsfragen nie: Bei einer Tagung versuchte man nun, eine vertretbare Balance zwischen Genussbedürfnissen, Empathie und Tierliebe zu finden. **Geisteswissenschaften, Seite N 3**

### Mitteilung des Verlags:

4 Seiten Verlagsbeilage „Dérivate“

## Woppa Woppa\*



**Grund zum Feiern** – Sie haben diesmal ja wirklich lange leiden müssen, unsere griechischen Nachbarn und Mitropolit, weil die Eurogruppe ihre Verhandlungen über den richtigen Rettungsweg besonders zäh gestalten musste, um die ohnehin zerbröselnde Gunst des heimischen Publikums

nicht vollends zu verspielen. Jetzt rollt der Euro wieder, und vielleicht wird alles einmal so enden wie die antiken Tragödien in „Sonntags... nie!“, deren schreckliches Ende die zaubernde Melina Mercouri stets in ein Happy End umdichtete. \*Ausdruck orgastischen Entzückens, seit den Vorsokratikern in Gebrauch / Foto Cinetix

## Eurogruppe beschließt umfangreiche Hilfsmaßnahmen für Griechenland

Schuldenrückkauf, Zinssenkungen, Streckung der Kredite von 15 auf 30 Jahre

pwe/wmu/mas./tens. BRÜSSEL-WASHINGTON/BERLIN/ISTANBUL, 27. November. Der Weg für die Auszahlung einer weiteren Kredittranche an Griechenland ist so gut wie frei. Nach dreizehntägigen Verhandlungen haben sich die Finanzminister der Eurostaaten am frühen Dienstag in Brüssel auf ein Paket von Maßnahmen geeinigt, mit dem die Schuldenquote Griechenlands schnell deutlich verringert werden soll. Dazu gehören ein von den Europartnern kreditfinanzierter Schuldenrückkauf Griechenlands, Zinssenkungen und eine deutliche Streckung der Kredite an das Krisenland um 15 auf 30 Jahre. Griechenland muss sich die letzten Kredite aus dem laufenden europäischen Hilfsprogramm erst 2014 tilgen. Ferner sicherten die Minister, die Schul-

denquote Griechenlands von derzeit fast 190 Prozent der Wirtschaftsleistung bis 2022 auf „substantiell weniger als 110 Prozent“ zu drücken. Damit ist der Streit zwischen der Eurogruppe und dem IWF über die Tragfähigkeit der griechischen Schuld vorerst beigelegt.

In dem Maßnahmenbündel fehlt ein Schuldenschnitt der öffentlichen Gläubiger. Darüber sei nicht gesprochen worden, sagte Finanzminister Wolfgang Schäuble. Das Zustimmungsverfahren zu den Beschlüssen im Bundestag solle bis Freitag abgeschlossen werden, sagte Schäuble. Er kündigte am Dienstag Zahlungen aus dem Bundeshaushalt an Griechenland an. Damit will Deutschland seinen Anteil aus den Gewinnen der EZB abdecken, den diese mit in der Krise gekauften griechischen

Anleihen macht. Da die EZB ihre Gewinne an die nationalen Notenbanken überweist, aber die Bundesbank frei über ihre Bilanzierung entscheidet, kann Schäuble den deutschen Anteil an diesen EZB-Gewinnen nicht einfach nach Athen weiterleiten. „Das heißt, dass wir Zahlungen aus dem Haushalt leisten müssen“, sagte er. Dem stünden jedoch Abführungen aus dem Bundesbankgewinn in unbekannter Höhe gegenüber. Nach seinen Angaben wird der Bund nächstes Jahr 599 Millionen Euro an Athen überweisen. Zudem kämen aufgrund der Zinsentlastung für Griechenland Mindereinnahmen von 130 Millionen Euro auf den Bundeshaushalt zu, da die Staatsbank KfW auf Gewinn verzichten werde. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Wirtschaft, Seite 9.)

## Fillon gründet eigene Parlamentsfraktion

„Trennung auf Zeit“ / Machtkampf in der bürgerlichen Rechten in Frankreich eskaliert

mic. PARIS, 27. November. Der frühere Premierminister François Fillon hat am zehnten Tag des unerbittlichen Machtkampfes in der französischen Rechten eine neue parlamentarische Fraktion gegründet. Ein Vermittlungsversuch Nicolas Sarkozy mündete am Dienstag in dem Vorschlag, die Mitglieder der UMP in einem Referendum zu befragen, ob sie eine neue Urabstimmung über den Parteivorsitz wünschten. Der nach Urabstimmung zum Wahlsieger erklärte Jean-François Copé warnte die Abgeordneten, sich der abtrünnigen Fraktion Fillons anzuschließen.

Fillon bestritt, dass er die Spaltung der Partei vorantreibe, und sagte, er kämpfe für „die wahre UMP“. „Wir verkörpern die Mitte-rechts-Union. Wir sind die

UMP. Wir sind weder geschlagen noch stumm“, sagte Fillon. Er beteuerte, er plane nur eine Trennung auf Zeit. Solange Jean-François Copé von ihm gelodert eine neue Urabstimmung in drei Monaten organisieren, würden die Abgeordneten umgehend in die UMP-Fraktion zurückkehren. Etwa 70 Abgeordnete hat Fillon um sich geschart, es könnten noch mehr werden. Zu Fillons Gefolgsleuten zählen viele ehemalige Kabinettsmitglieder wie die frühere Haushaltsministerin Valérie Pécresse oder der frühere Forschungsminister Laurent Wauquiez. Bislang sieht es aber nicht danach aus, als sollte Copé nachgeben. Der designierte UMP-Präsident lehnte – gestärkt durch die parteiinterne Schiedskommission – empört das „Ultimatum“ Fillons ab.

## Proteste und Gewalt in Ägypten

mrh. KAIRO, 27. November. Bei Protesten gegen Ägyptens Präsident Muhammad Mursi ist am Dienstag in Kairo ein Mensch getötet worden. In Seitenstraßen des Tahrir-Platzes lieferten sich bis in die Nacht hinein Jugendliche den achten Tag in Folge Straßenschlachten mit der Polizei, die abermals Tränengas und Gummigeschosse einsetzte. Zehntausende Anhänger eines oppositionellen Bündnisses demonstrierten derweil friedlich gegen

eine Verfassungsänderung Mursis, mit der der aus der Muslimbruderschaft stammende Staatschef die Gewaltenteilung in seinem Land vorübergehend außer Kraft gesetzt hatte. Der Richterklub verkündete, dass 99 Prozent der von ihm vertretenen Gerichte in einen Streik gegen das Dekret Mursis getreten seien. Nachdem am Wochenende drei Menschen bei Protesten ums Leben gekommen waren, hatten die Muslimbrüder eine ebenfalls für Dienstag angesetzte Demonstration abgelehnt, um Zusammenstöße zwischen Anhängern und Gegnern Mursis zu verhindern. (Siehe Seite 3.)

## Gasofen führte zu Brand in Behindertenwerkstatt

rsr. TITISEE-NEUSTADT, 27. November. Der Brand in einer Behindertenwerkstatt in Titisee-Neustadt vom Montag ist auf einen Ofen zurückzuführen, aus dem unkontrolliert Gas austrat und verpuffte. Das teilte Staatsanwalt Peter Häberle am Dienstag mit. Die Polizei hat die 14 Opfer identifiziert. Demnach kamen zehn Frauen und drei Männer mit Behinderungen sowie eine Betreuerin um. (Siehe Deutschland und die Welt sowie Zeitgeschehen.)

## Kaum zu stoppen

Von Reinhard Müller

Wird jetzt endlich alles gut? Ein neues Hilfspaket für Griechenland (das nicht so heißen darf) – und der Europäische Gerichtshof macht den Weg frei für die dauerhafte Euro-Rettung. Ganz wohl war auch den Luxemburger Richtern nicht dabei. Denn der ESM ist ein intergouvernementales Gebilde, das die Mitgliedstaaten außerhalb der europäischen Institutionen errichtet haben, für das aber irgendwie doch EU-Recht gelten soll. Not kennt kein Gebot, das schimmert auch durch diese Entscheidung. Der Gerichtshof folgte den nationalen Regierungen – die in der Tat an vorderster Front für die Staatsschuldenkrise und ihre (angebliche) Lösung verantwortlich sind. Die Bundesregierung hat in Luxemburg sinngemäß vorgetragen, wenn diese Art der Euro-Rettung etwa wegen des „Bail-out-Verbots“ verboten wäre, dann wäre dies das Todesurteil für den Euro. Deshalb überrascht das Luxemburger Urteil nicht. Aber der ESM, den auch das Bundesverfassungsgericht vorläufig gebilligt hat, ist gar nicht mehr das Hauptproblem. Denn hier ist einigermassen (so weit das rechtlich in diesem sumpfigen Gelände möglich ist) sichergestellt,

dass die Haushaltsautonomie des Bundes nicht verletzt und die deutsche Haftungsbergrenze eingehalten wird. Das Problem ist die EZB. Wenn die Zentralbank aus allen Rohren mit europarechtswidriger Munition feuert, wenn sie sich außerhalb ihres gesetzlichen Auftrags bewegt und Politik macht, dann nutzen weder alle Kontrollmechanismen des ESM noch das deutsche (Stimm-)Gewicht viel. Die EZB ist zwar demokratisch legitimiert, aber aus guten Gründen unabhängig und deshalb aus nationaler Sicht selbst bei zweifelhaften Aktionen kaum zu stoppen.

Da bleibt wieder nur das Bundesverfassungsgericht, das freilich kaum umhinkommt, den Streit über das Handeln der EZB zunächst dem Europäischen Gerichtshof vorzulegen. Immerhin weisen auch die Luxemburger Richter auf die strikten Regeln zur Wahrung der Finanzstabilität hin. Karlsruhe hatte angesichts des ESM von einer grundlegenden Umgestaltung der bisherigen Währungsunion gesprochen. Doch würden deren „stabilitätsgerichtete Ausrichtung“ und die Verpflichtung der EZB auf die Preisstabilität nicht aufgegeben. Ja, es stimmt, es gibt Sicherungen. Aber die gab es auch schon früher. Europa steckt so tief in der Krise, weil es seine Grundsätze nicht ernst nahm. Also: Wehret den Anfängen!

## Ägyptische Blockade

Von Rainer Hermann

Der ägyptische Staatspräsident wollte eigentlich die politische Blockade seines Landes lösen. Doch legte seine „Verfassungserklärung“ zunächst nur weitere Steine in den Weg, der doch zu demokratischen Verhältnissen führen soll. Damit ist es unvereinbar, wenn sich ein Präsident zusätzlich zu den exekutiven und legislativen Vollmachten, die er schon in Händen hält, auch noch die Justiz unterstellt; wenn er sich ein Veto gegen alle Urteile der Justiz vorbehält; wenn die Justiz seine Dekrete aber nicht anfechten darf.

Mit diesem Vorgehen nährt Mursi Ängste, dass die Muslimbruderschaft eben doch einen islamischen Staat zu errichten trachtet. Staatspräsident Mursi ist gewiss demokratisch gewählt. Hebt Mursi das Recht auf, das die Grundlage der Legitimität seiner Herrschaft bildet, entzieht er sich aber selbst den Boden. Außerdem nimmt er der Opposition alle Mittel und treibt sie auf die Straße. Die vergangenen Tage haben gezeigt, dass das Land in zwei Lager gespalten ist. Die Muslimbrüder sagten ihre für Dienstag angesetzte Kundgebung zwar ab, die Opposition aber demonstrierte gegen Mursi.

Politisch ist Mursis Vorgehen fragwürdig. Und doch hatte er gute Gründe dafür. Denn Ägyptens politischer Prozess ist festgefahren und blockiert. Das alte Regime gibt sich noch immer nicht geschlagen, und seine Vertreter gewannen in den letzten Monaten wieder Boden. Den Aufbau einer neuen Ordnung untergraben drei Institutionen: Die Polizei macht nicht einmal Dienst nach Vorschrift, so dass weiter nicht die Sicherheit gegeben ist, nach der sich jeder Ägypter sehnt; ferner diskreditieren einige Medien, die mit Gefolgsleuten aus der Ära Mubarak besetzt sind, Vertreter der neuen Ordnung mit gezielten Falschmeldungen, die hängenbleiben, selbst wenn sie später korrigiert werden; und vor allem torpediert die Justiz offenbar willkürlich die Entscheidungen des Präsidenten, so dass dem Land ein Stillstand droht.

Eine Ironie der jüngeren ägyptischen Geschichte ist, dass der Hohe Militärrat zunächst die Kompetenzen des Präsidenten beschneiden hat, dass diesem dennoch alle legislativen Aufgaben übertragen wurden. Denn das Verfassungsgericht, das fest im Denken des alten Regimes verharrt, hat die erste freie Wahl des Parlaments für verfassungswidrig erklärt und das Parlament aufgelöst. Schon zuvor hatte es eine erste verfassunggebende Versammlung ebenfalls als verfassungswidrig aufgelöst. Es ist also nicht Mursis Schuld, dass alle exekutiven und legislativen Vollmachten bei ihm zusammenlaufen. Anwenden kann er sie aber nicht. Denn die Gerichte annullieren auch seine Dekrete, die für das tägliche Funktionieren des Staats wichtig sind. Als Folge der Blockade ist Ägypten nicht mehr regierbar. Das Vakuum

drohte nun weiter verlängert zu werden. Denn Gerichte hielten sich, das Verfassungsgericht wolle die verfassunggebende Versammlung auflösen und die Kreditvereinbarung aufheben, die mit dem Internationalen Währungsfonds ausgehandelt worden war und für die ägyptische Wirtschaft überlebenswichtig ist.

Dem kam Mursi mit seiner Verfassungsdeklaration zuvor. Nachdem er im August die Führung der Armee verjüngt und die alte Garde unter den Generalen abgesetzt hatte, will er nun das Arsenal der Justiz neutralisieren, jegliche Änderungen zu verhindern. Denn sollte die verfassunggebende Versammlung abermals aufgelöst werden, stiege die Gefahr, dass der Übergangsprozess wieder um bis zu zwei

Politisch ist Mursis Vorgehen fragwürdig. Dennoch hatte er gute Gründe dafür.

Jahren verlängert werden könnte. Nun hat Mursi der verfassunggebenden Versammlung eine Frist bis zum 12. Februar gesetzt. Mit dem folgenden Referendum sollen seine Vollmachten enden.

Den Vertretern des alten Regimes ist an einem solch schnellen Übergang nicht gelegen. Ihr Kalkül ist einfach: Würde Ägypten über Jahre nicht regiert, drohte entweder über „die Straße“ ein Chaos oder an der Wahlurne Mursis Abwahl. In der Zwischenzeit könnten die Profiteure des Regimes Mubarak ihre unrechtmäßig erworbenen Vermögen ins Ausland retten. Über sie hatte der Generalstaatsanwalt bis zu seiner Absetzung am vergangenen Donnerstag seine schützende Hand gehalten.

Mursi hat einen entscheidenden Fehler gemacht. Dass er die Vertreter und Institutionen des alten Regimes nicht für sich gewinnen kann, liegt auf der Hand. Sein Vorgehen hätte er aber besser mit den Aktivisten vom Tahrir-Platz und der säkularen Opposition abstimmen sollen, um sich ihrer Unterstützung zu versichern. Das hat er nicht ausreichend getan. Stattdessen trieb er die säkulare Opposition und das alte Regime in ein gegnerisches Lager zusammen, das sich zudem internationaler Unterstützung erfreut. Mursi hat mit seinem Vorgehen, so gerechtfertigt es in vielen Punkten sein mag, Vertrauen zerstört, das nach der erfolgreichen Vermittlung zur Beilegung des Gaza-Kriegs viele in ihn gesetzt hatten. Gewiss war Mursi innenpolitisch zunehmend frustriert, gewiss sieht er sich einer vielfach gespaltenen Opposition gegenüber, die nicht als verantwortlicher Akteur auftritt. Dennoch sollte er versuchen, die politische Blockade nicht per Dekret zu lösen, sondern in einem Dialog und in Verhandlungen.



Briefe an die Herausgeber	6	Zeitgeschehen	8	Wetter	16	Feuilleton	25
Natur und Wissenschaft	N 1	Wirtschaft	9	Finanzmarkt	17	Medien	29
Geisteswissenschaften	N 3	Unternehmen	12	Recht und Steuern	19	Fernsehen und Hörfunk	30
Impressum	4	Menschen und Wirtschaft	14	Kurse	20	Forschung und Lehre	N 5
Deutschland und die Welt	7	Markt und Strategie	15	Sport	23	Jugend schreibt	N 6

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Abonnenten-Service: 0180 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute); Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de; Belgien 2,80 € / Dänemark 21 dkr / Finnland, Frankreich, Griechenland 2,80 € / Großbritannien 2,80 € / Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande 2,80 € / Norwegen 29kr / Österreich 2,80 € / Portugal (Cont.) 2,80 € / Schweden 28kr / Schweiz 4,80 Sfr / Slowenien 2,80 € / Spanien, Kanada 2,80 € / Ungarn 720 Ft

**STREIFZUG**

**Ammerthal**

**Volkes Stimme unerhört**

Wie hast du's mit der direkten Demokratie – diese politische Gretchenfrage quält in Bayern nicht nur Horst Seehofer, der kein großes Begehren bei der Aussicht verspürt, im Wahljahr mit einem Volksentscheid zu den Studiengebühren konfrontiert zu werden. Ein Blick nach Ammerthal könnte ihn in der Auffassung bestärken, lieber selbst zu handeln, bevor die Bürger das Wort haben. In der oberpfälzischen Gemeinde mit ihren rund 2100 Einwohnern tobt ein veritabler Wasserkrieg, obwohl dazu ein rechtsgültiger Bürgerentscheid vorliegt.

Die Mehrheit der Ammerthaler wollte sich im April dieses Jahres nicht länger damit abfinden, dass das im Gemeindegebiet gewonnene Wasser stark kalkhaltig und mit Pestiziden belastet ist. 55 Prozent stimmten dafür, dass Ammerthal künftig an das Leitungswasser des nahen Amberg angeschlossen wird, das eine Versorgung mit Wasser besserer Qualität verspricht. Die Ammerthaler, die der Überzeugung sind, dass auch eine Filterung des eigenen Wassers ein gangbarer Weg wäre, unterlagen; damit hätte der Streit eigentlich sein Ende finden müssen.

Stattdessen wird in der Gemeinde das Wort Bertolt Brechts, dass der Vorhang zu und alle Fragen offen sind, mit nachplebiszitärem Leben erfüllt. Die Befürworter des Anschlusses an Amberg argwöhnen, dass der Gemeinderat den Mehrheitswillen torpedieren und so lange mit den Ambergern verhandeln will, bis die rechtliche Bindungswirkung des Bürgerentscheids verstrichen ist. Die Streiter für die liquidität Unabhängigkeit der Gemeinde bringen einen zweiten Bürgerentscheid ins Spiel, schließlich sei beim ersten nicht geklärt gewesen, wie teuer das Amberg Wasser sein werde. Der Wasserkrieg wird mittlerweile auf vielen politischen und juristischen Schauplätzen ausgetragen. In diesem Monat musste sich das Verwaltungsgericht Regensburg mit Ammerthal beschäftigen. Der fünfzehn Seiten umfassende Beschluss in fein ziselierter Juristensprache ist ein Beweis dafür, mit welcher Verve auch um kleine Geländegewinne gekämpft wird. Die Annahme, dass Bürgerentscheide befriedend wirken, dürfte allenfalls noch in verstaubten Politikseminaren unwidersprochen bleiben.

ALBERT SCHÄFFER

**Heute**

**Das Rennen geht weiter**

Insolvenzverwalter und Pächter der zahlungsunfähigen Nürburgring GmbH haben sich auf eine Räumung der Immobilien an der Rennstrecke geeinigt. Im Juli könnte die Formel 1 wieder fahren. **Politik, Seite 4**

**Wählen à la Orbán**

Ungarn, die wählen wollen, müssen sich künftig spätestens 15 Tage vor der Wahl notariell registrieren lassen. Das ist nicht die einzige Neuerung im Wahlrecht, die die Opposition erbot. **Politik, Seite 5**

**Polizistin in der Kritik**

Ein Polizeihund hat in Bayern sechs Kinder verletzt. Wie konnte es dazu kommen? Und muss das Tier nun eingeschläfert werden? Die Hundeführer stehen vor einem Rätsel. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

**Als der Frachter brannte**

Was war eigentlich los auf der „Flaminia“, als sie im Sommer in Brand geriet? Ein Zeuge beschreibt jetzt, wie die Katastrophe auf dem Containerfrachter abfiel. **Deutschland und die Welt, Seite 7**

**Neu-alte Konstellation**

In Südkorea will der „Anti-Politiker“ Ahn Cheol-soo nicht mehr für das Präsidentenamt kandidieren. Damit hat er ungewollt die Chancen für die Konservative Park Geun-hye verbessert. **Zeitgeschehen, Seite 8**

**Im Interesse Israels**

Die ehemalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul appelliert an die Bundesregierung, nicht immer nur einseitig Israel zu unterstützen. Das stärke die Falschen. **Zeitgeschehen, Seite 8**

**SPD lehnt schnelle Abstimmung ab**

„Unzumutbar“ / Streit in Berlin über Verabschiedung der Griechenland-Hilfen

ban./sat. BERLIN, 27. November. Die Führung der SPD hat den Plan der Unionsfraktion abgelehnt, dem von der Eurogruppe ausgehandelten Hilfspaket für Griechenland noch in dieser Woche in vollem Umfang im Bundestag zuzustimmen. „Wir können bislang nicht beurteilen, welche Folgewirkung diese Verständigung“ habe, sagte der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier. So äußerte sich auch der designierte SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Deshalb sei es für die Opposition „absolut unzumutbar“, über die Presse mitgeteilt zu bekommen, wann der Bundestag entscheiden solle. In der SPD-Fraktion hieß es, frühestens am Freitag, besser aber in der kommenden – an sich sitzungsfreien – Woche könne in einem ersten Schritt der Schuldentrückkauf beschlossen werden. Die weiteren Beschlüsse – etwa zur Zinsentlastung – sollten dann nach dem EU-Gipfel am 13. Dezember beschlossen werden, wenn gewiss sei, dass das Schuldentrückkaufprogramm erfolgreich sei und der Internationale Währungsfonds die Maßnahmen weiterhin mittrage. In der Sitzung der Unionsfraktion machte Finanzminister Wolfgang Schäuble deutlich, angesichts der Erwartungen der Märkte gebe es ein Interesse an einer raschen Beschlussfassung.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Bromer, und die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt hatten zuvor den Eindruck erweckt, es bestehe Einvernehmen zwischen den Fraktionsführungen, das Griechenland-Paket in dieser Woche vollständig im Bundestag zu beschließen. Dieses Einvernehmen sei bei einer Telefonschaltkonferenz in Aussicht genommen worden, bei der Schäuble die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen über die Brüsseler Ergebnisse unterrichtete. Schäuble werde voraussichtlich am Donnerstag eine Regierungserklärung abgeben; danach werde entschieden. Allenfalls wurde nicht ausgeschlossen, die Bundestagsdebatte für Freitag anzusetzen. Zur Begründung hatte es in der Union geheißen, der Bundestag tage in der kommenden Woche nicht. Für den Gipfel der Staats- und Regierungschefs am 13. Dezember aber benötigte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Placet des Bundestages. In der Union hieß es, nach ihren Wünschen solle es bei diesem Plan bleiben.

Grosse-Bromer (CDU) äußerte sich optimistisch, dass die Koalition eine eigene Mehrheit mobilisieren könne. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt begründete ihre Zustimmung mit den „deutlichen Fortschritten“, die Griechenland bei der Konsolidierung seines Haushaltes gemacht habe. Am Montagabend war Frau Merkel bei der CSU-Landesgruppe zu Gast gewesen. Frau Hasselfeldt sagte, nicht ein CSU-Abgeordneter habe die Darlegungen Frau Merkels kritisiert. Frau Merkel habe großen Beifall bekommen. Steinmeier hatte am Dienstagmorgen im ZDF gesagt: „Ich werde meiner Fraktion kein Verhalten empfehlen, das dazu führen wird, dass Griechenland kurzfristig nicht mehr zuzunehmen ist und gegebenenfalls die Eurozone verlassen muss.“ Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, sagte: „Wir werden uns die Details ansehen, und ich gehe davon aus, dass in dieser Woche entschieden wird.“ Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle äußerte: „Die Entscheidung ist ein positives Signal für die Stabilisierung der gesamten Eurozone.“ Bemerkungen von Steinmeier, Frau Künast, der Parlamentarischen Geschäftsführerin der Linksfraktion, Dagmar Enkelmann, und auch von Brüderle, ein „Schuldenschnitt“ für Griechenland sei auf Dauer nicht ausgeschlossen, wurden von der Union als „Spekulation“ kritisiert. Ein Schuldenschnitt würde auch nicht dem deutschen und europäischen Recht entsprechen, sagten Grosse-Bromer und Frau Hasselfeldt.

Fortsetzung von Seite 1

**Eurogruppe beschließt Hilfsmaßnahmen für Athen**

Die Euro-Finanzminister stellten notfalls weitere Zusagen zur Schuldensenkung in Aussicht, wenn die Griechen einen Primärüberschuss im Staatshaushalt – also ein Plus vor Zinszahlungen – erreichen und alle Reformbedingungen erfüllen. Bis 2016 soll damit insgesamt der Schuldenstand von zuletzt knapp 190 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 175 Prozent und bis 2020 auf 124 Prozent gesenkt werden. Das entspricht einer 30-Prozentpunkte niedrigeren Schuld im Vergleich zu den aktuellen Prognosen. Der IWF rückte von seiner Forderung nach einer Schuldenquote von 120 Prozent im Jahr 2020 ab. Auf der Habenseite kann er aber die europäische Zusage verbuchen, die Schuldenquote bis 2022 auf „substantiell weniger als 110 Prozent“ zu senken.

Der Finanzbedarf, den die Finanzminister durch noch nicht fixierte zusätzliche Maßnahmen decken wollen, beläuft sich nach dem Tableau auf 3,9 Milliarden Euro in den Jahren 2015 und 2016. Um die langfristigen Schuldenziele von 124 Prozent des BIP im Jahr 2020 und von weniger als 110 Prozent im Jahr 2022 einzuhalten, muss der Schuldenstand noch durch weitere Maßnahmen um mindestens 5,1 Prozent der Wirtschaftsleistung gesenkt werden.

drei Schritten ausgezahlt, in Abhängigkeit von festgesetzten Reformfortschritten. Griechenland wird mit der Einigung mehr Zeit zugestanden, um einen Primärüberschuss im Haushalt von 4,5 Prozent zu erlangen. Das Zieldatum verschiebt sich von 2014 auf 2016. Damit soll die Wirtschaft, die in den vergangenen fünf Jahren um fast 25 Prozent geschrumpft ist, mehr Wachstumschancen erhalten.

Die Minister unterstellen, dass die EZB und nationale Notenbanken im Euroraum sich weiter an der Finanzierung des griechischen Staatshaushalts beteiligen. Das geht aus einem Zahlentableau hervor, das als Berechnungsgrundlage für den Beschluss der Minister diente. Griechenland soll demnach bis 2014 seine Bestände an kurzfristigen Schuldtiteln (T-bills) nicht verringern, womit die EZB zumindest indirekt in die Finanzierung einbezogen würde. Das soll 9 Milliarden Euro zur Schließung des Finanzierungslochs beitragen. Die Finanzminister erwarten zudem, dass nationale Notenbanken im Euroraum ihre sogenannten Anfa-Anlagen in griechische Wertpapiere beibehalten und so bis 2016 rund 5,6 Milliarden Euro des Finanzlochs decken.

Schäuble deutete an, es sei nicht ausgeschlossen, dass es am Ende des zweiten Griechenland-Programms im Jahr 2014 eine neue Finanzlücke geben werde. Er habe schon früh darauf hingewiesen, nicht versprechen zu können, dass dies das letzte Hilfspaket für Athen sei. Solange man weiter Kredite an Athen ausreiche, würde ein Schuldenschnitt rechtliche Fragen aufwerfen. Später könne man diese Frage „vielleicht anders“ beantworten. Frankreichs Finanzminister Pierre Moscovici erklärte, die künftigen Zugeständnisse seien in „konstruktiver Unklarheit“ gehalten.

Während Politiker der griechischen Regierungskoalition die Einigung über die aufgestockten Hilfszahlungen für Athen als Schritt zum Verbleib Griechenlands in der Eurozone bezeichneten, kritisierte die Opposition das Ergebnis der Brüsseler Marathonitzung als „halbgen Komпромис“ und forderte höhere Hilfszahlungen.

**Europarichter billigen ESM**

jja. BERLIN, 27. November. Die Einrichtung des dauerhaften Krisenfonds ESM verstößt nicht gegen Europarecht. Das hat der Europäische Gerichtshof am Dienstag in einem Eilverfahren entschieden. Zugleich urteilten die Richter, dass die Rettungsmaßnahmen nicht das gegenseitige Haftungsverbot im „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV) – die sogenannte Nicht-beistandsklausel (No-Bail-out) – verletzen.

Die Auszahlung der nächsten europäischen Kredittranche soll nach den Worten des Chefs der Eurogruppe, Luxemburgs Ministerpräsident Jean-Claude Juncker, am 13. Dezember in einer weiteren Sondersitzung der Eurogruppe beschlossen werden. Die Auszahlung soll schrittweise erfolgen. Zunächst bekommt Griechenland im Dezember 10,6 Milliarden Euro für den Haushalt und 23,8 Milliarden Euro für die Banken-Rekapitalisierung. Weitere 9,3 Milliarden Euro werden bis März 2013 in

„Alles ist gut gegangen. Alle Griechen haben gemeinsam gekämpft. Morgen beginnt ein neuer Tag für alle“ sagte Ministerpräsident Antonis Samaras, dessen Finanzminister Giannis Stournaras sich zurückhaltender ausdrückte: „Das ist kein Grund zum Feiern. Die Beschlüsse stellen aber eine große Chance dar, die sich das griechische Volk durch seine Opfer verdient hat.“ Die Entscheidung biete dem Land die große Chance, den Teufelskreis von Rezession und Überschuldung zu verlassen, so Stournaras. Fotis Kouvelis, Chef der kleinsten der drei an der Athener Koalition beteiligten Parteien, bezeichnete die Brüsseler Beschlüsse zur Fortsetzung der Hilfszahlung bei gleichzeitiger Reduzierung der Schuldenlast als „entscheidenden Schritt zum Verbleib Griechenlands in der Eurozone“.

**Mas ist gescheitert**

„Der Standard“ (Wien) kommentiert die Regionalwahl in Katalonien:

„Artur Mas ist gescheitert. Der aktuelle und künftige Präsident der Autonomieregierung Kataloniens hat die Wahlen um zwei Jahre vorgezogen. Mit dem Versprechen, ein Referendum über die Unabhängigkeit der nordspanischen Region abzuhalten, lenkte er den Wahlkampf weg von der Krise und der gescheiterten Sozial- und Wirtschaftspolitik. Seine konservativ-nationalistische Convergència i Unió (CiU) wollte sich damit an die Spitze einer breiten Bewegung setzen. Doch die CiU brach bei der Wahl ein. Stattdessen profitierte die separatistische Republikanische Linke (ERC) von der Unabhängigkeitsdebatte.“

**Madrid gewinnt**

„Information“ (Kopenhagen) sieht es so:

„Der katalanische Spitzenpolitiker Artur Mas hat bei den Regionalwahlen alles auf eine Karte gesetzt und schmerzhaft verloren. ... Der eigentliche Wahlsieger befindet sich nicht in Katalonien, sondern in Madrid. Hier kann die Zentralregierung erleichtert aufatmen und darauf hoffen, dass die Wirtschaft in den kommenden vier Jahren wieder so auf die Beine kommt, dass in den Regionen alle Gedanken an Selbständigkeit ganz still wieder vergessen werden.“

**Angekündigtes Scheitern**

Der „Tages-Anzeiger“ (Zürich) schreibt zum Fluglärmmabkommen mit Deutschland:

„Deutschland will Nachverhandlungen zum Fluglärmmabkommen – aber man kann diese Forderung getrost auch als ‚angekündigtes Scheitern‘ bezeichnen. Es ist nur schwer vorstellbar, dass dieser Vertrag noch zu retten ist. ... Die Rechnung ist simpel. Lehnt Deutschland den Staatsvertrag ab, wäre es höchst unanständig, die heute geltende Einschränkung für Anflüge über Süddeutschland zu verschärfen. Sagt aber die Schweiz nein zum Abkommen oder zu Nachverhandlungen, so könnte das als willkommener Vorwand für eine weitere Verschärfung dienen. Will (Bundesrätin Doris) Leuthard den Vertrag noch retten, braucht sie also beträchtliches Geschick in den kommenden Verhandlungen. Nimmt man zum Maßstab, was bisher geschehen ist, leidet eher das Gegenteil zu erwarten.“

**Klassische Notlandung**

Die „Badische Zeitung“ (Freiburg) meint:

„Als Vertreter der Bundesregierung wollte Peter Ramsauer endlich einen lästigen Streitpunkt mit der Schweiz ausräumen. Es zeigte sich, dass er dabei über die Einwände der Anlieger in Südbaden in großer Freiheit hinweggelte – und sich prompt so viel Widerstand einhandelte, dass er nun eine klassische Notlandung hinlegen musste. Nichts anderes bedeuten das Aussetzen der Ratifizierung und die Ankündigung neuer Gespräche zur Nachbesserung des Abkommens. ... Die Aussichten für diese Gespräche sind ziemlich düster. Denn ohne Änderungen am Vertragtext werden sich manche Streitpunkte nicht aus der Welt schaffen lassen. Die Schweiz ist aber nur zu ergänzenden Erklärungen bereit.“

**STIMMEN DER ANDEREN**

**Schlechte Aussichten für die Region**

„Corriere della Sera“ (Mailand) blickt mit großer Sorge nach Ägypten:

„Falls Ägypten sich zu einer islamischen Diktatur entwickelt, wird das den gesamten Mittleren Osten beeinflussen. Die Muslimbrüder werden dann, mit den salafitischen Extremisten im Gefolge, die mächtigste und am weitesten verbreitete Macht. Wie viel Zeit wird dann nötig sein, bis sich in der ganzen Region die antiwestlichen Kräfte wieder neu aufgerichtet haben? Vom Schicksal Israels ganz zu schweigen. Der übliche Zustrom amerikanischer Dollar dürfte dann nur schwerlich ausreichen, um einen Nahen und Mittleren Osten unter Kontrolle zu halten, der immer mehr eingezwängt ist zwischen dem iranischen schiitischen Radikalismus und den verschiedenen Formen des sunnitischen Integralismus.“

**Mursi muss auf Machtbefugnisse verzichten**

„El País“ (Madrid) sieht es so:

„Ägypten ist der Schauplatz einer politischen Schlacht, die nicht nur für das bevölkerungsreiche arabische Land, sondern auch für die Nachbarstaaten von enormer Bedeutung ist. Die Kontrahenten sind Staatspräsident Muhammad Mursi und das alte Regime. Dieser Kampf bedeutet aber auch einen Konflikt zwischen Islamisten und jenen laizistischen Kräften, die maßgeblich zur Revolution gegen Husni Mubarak beigetragen hatten. Mursi sollte Machtbefugnisse abgeben, die noch an das Mubarak-Regime erinnern. Bei den jüngsten Auseinandersetzungen geht es darum, ob Ägypten eine islamistische Republik wird oder nicht. Der Staat muss un-

Im Gespräch: Frans Timmermans, Außenminister der Niederlande

**„Wir wissen nicht, wie viel wir zurückbekommen“**

Herr Minister, im Wahlkampf vor der niederländischen Parlamentswahl vom September spielte erstmals die Europa-Politik eine Hauptrolle. Was bedeutet der Ausgang der Wahl für Europa?

Obwohl es in Holland wie in Deutschland eine große Europaverdrossenheit gibt, haben die Wähler klar gesagt: Wer raus aus Europa und zurück zum Gulden will, redet genauso Blödsinn wie einer, der behauptet, Europa werde nicht mehr kosten. Unser sozialdemokratischer Spitzenkandidat Diederik Samsom hat ehrlich gesagt, dass die Zeiten schwer werden und Europa Geld kosten wird – aber dass wir Europa für unsere Wirtschaft, für unsere Arbeitsplätze brauchen.

Die SPD macht also alles richtig, wenn Sigmar Gabriel offen eine „Schuldenuktion“ propagiert?

Mein Rat an andere Sozialdemokraten ist: Macht nicht, was in London der Labour-Chef Ed Miliband getan hat. Keiner traut uns, wenn wir auf einmal euroskeptisch werden. Steht zu Europa – und sagt ehrlich, dass es schwierig wird. Die Leute spüren das sowieso.

2005 haben Sie die Volksabstimmung über den EU-Verfassungsvertrag beantragt, an dem Sie im Konvent mitformuliert hatten. Die Niederländer lehnten ihn zu mehr als 60 Prozent ab. Hat sich seither etwas geändert?

Die Leute fragen noch immer: Was bringt uns Europa eigentlich? Die Europaverdrossenheit richtet sich nicht gegen den Binnenmarkt, sondern gegen die Brüsseler Institutionen. Die Leute finden, dass sie sich nur mit sich selbst beschäftigen und nicht mit ihnen. Das sitzt tief. Neu ist aber, dass viele Wähler, die wegen ihrer Arbeitsstelle, wegen ihrer Krankenversicherung, wegen der Zukunft ihrer Kinder verunsichert sind, darauf nicht antieuropäisch reagieren, sondern einsehen, dass wir die EU brauchen, damit es bergauf geht. Bisher war es so: Wenn es mir gutgeht, bin ich für Europa, wenn ich Sorgen habe, bin ich dagegen.

Reicht das? Oder glauben Sie, die Politiker müssen den Bürgern wieder die historische Dimension der europäischen Einigung vor Augen führen?

Es genügt nicht, wenn wir ausrechnen, was unterm Strich steht. Wenn wir nicht das Gefühl wiederentdecken, dass Europa eine Schicksalsgemeinschaft ist, dann wird Europa sehr schwierige Zeiten durchmachen. Der gegenwärtige Nord-Süd-Gegensatz ist eine Spiegelung der Kluft in den nationalen Gesellschaften. Auch zu Hause fragen die Leute: Für wen muss ich eigentlich so viel zahlen? Was habe ich davon? Darauf haben auch wir Sozialdemokraten noch keine abschließende Antwort gefunden.

Und trotzdem mutet die Politik den Bürgern eine Transferunion zu, die sie nicht haben wollen?

Fortsetzung von Seite 1

**Fillon gründet eigene Fraktion**

Fillon verteidigte seine Initiative als „Kampf für Ehre und Rechtschaffenheit“. „Mein Ziel ist es nicht, zum Sieger erklärt zu werden“, sagte er. Aber es sei einer modernen Partei unwürdig, wenn sie Grundsätze des Rechtsstaates verletze. „Die UMP muss die Partei Frankreichs sein. Die Demokratie, die wahrhaftige Demokratie ist die einzige Option, die wir haben“, sagte Fillon. Aus dem Büro Nicolas

Wir leben in unseren Ländern längst in Transferegemeinschaften. Das funktioniert aber nur, wenn der, der zahlt, daran denkt, dass er vielleicht auch einmal Hilfe braucht.

Müssen Sie Ihren Bürgern also sagen, dass auch die Niederlande einmal ein Griechenland werden könnten, damit Beireitschaft entsteht, Athen zu unterstützen?

Das geht mir zu weit. Aber sicher ist: Wenn Leute oder Gruppen in einer Gesellschaft meinen, dass sie immer nur zahlen und nichts davon haben, dann schwächt das die Solidarität – im Sozialstaat wie in der EU. Deshalb müssen wir jetzt besser erklären, dass es uns viel mehr Geld kosten wird, wenn es für den Süden schiefeht. Warum bricht unser Export denn ein? Weil im Süden Europas weniger gekauft wird.

Verstehen Sie, dass die Bürger Vertrauen verlieren, weil sie die Wahrheit oft nur scheinbarweise serviert bekommen?

Klar, das haben wir im Wahlkampf gesehen. Von den vier Spitzenkandidaten in der ersten Fernsehdebatte haben drei gesagt, dass wir keinen zusätzlichen Euro nach Athen überweisen werden. Nur Diederik Samsom hat zugegeben, dass es teuer werden könnte. Das haben die Leute nicht gern gehört, aber die Ehrlichkeit haben sie belohnt. Von dieser Haltung brauchen wir mehr in Europa. Das grundsätzliche Problem der EU in den vergangenen fünfzehn Jahren lautet, dass Europa zu viel versprochen und zu wenig geleistet hat.

Ist der Beschluss der Eurogruppe zu Griechenland nicht ein neues Beispiel dafür, dass ein Teil der bitteren Wahrheit verschwiegen wird, weil die Debatte über einen Schuldenschnitt auf später verschoben wurde?

Ich bin vor allem froh, dass Griechenland die zusätzliche Zeit bekommt, die es braucht, und dass wir uns mit dem Internationalen Währungsfonds einig geworden sind. Leider gehört es auch zur europäischen Methode, immer mit kleinen Schritten weiterzumachen. Ich fürchte, das wird auch so bleiben.

Sagen Sie den Niederländern noch, sie bekommen das den Griechen geliehene Geld zurück?

Wir wissen heute nicht, wie viel wir zurückbekommen. Wir wissen nur, dass wir sicher nichts zurückbekommen, wenn wir den Griechen nicht helfen, ihre Reformen fortzusetzen.

Ist die harte Haltung Den Haags für eine Verminderung des EU-Haushalts ein Trostpflaster für die Wähler?

Überhaupt nicht. In unserem Land werden binnen sechs Jahren 42 Milliarden Euro gespart, das sind 2500 Euro für jeden Niederländer. Dann ist es doch eine Unverschämtheit, wenn die EU-Kommission oder das Europaparlament sagen, dass sie sieben Prozent mehr brauchen in den nächsten sieben Jahren. Die hohen Ausgaben für alte Landwirtschaftspolitik werden die Bürger nicht mehr mitmachen. Wir brauchen einen kleineren Etat mit einer neuen Richtung.

Die Fragen stellte Andreas Ross.

bedingt das Vertrauen im In- und Ausland zurückgewinnen. Sonst waren alle die Opfer der Revolution vergeblich.“

**Demokratie und Religion**

„Der Tagesspiegel“ (Berlin) wird grundsätzlich:

„Eine islamische Republik? So nennt sich auch die iranische Diktatur. Unter Missbrauch der Religion. Denn in Wahrheit ist sie islamistisch, also religiös totalitär. Eine Demokratie, in der Muslime (oder Christen, Juden, Hindus) die Bevölkerungsmehrheit bilden und die Alltagskultur prägen, ist eine Demokratie: wenn die Mehrheit andere Religionen, Parteien, Meinungen zulässt. Wenn Muslime auch das Recht haben, die Religion zu wechseln oder Atheisten zu werden. Wenn Frauen dieselben Rechte wie Männer besitzen. Wenn Recht und Justiz unabhängig sind von Regierung und Religion. So einfach ist das und so schwer. Für Muhammad Mursi womöglich ein Menetekel.“

**Absurd**

Das „Straubinger Tagblatt“ blickt kritisch auf die Klimakonferenz in Doha:

„Dass der internationale Klima-Jetset – 20 000 UN-Leute, Vertreter von Regierungen und Nichtregierungsorganisationen sowie Journalisten – diesmal ausgerechnet in Doha eingeschwebt ist, um zwei Wochen lang über die Rettung der Welt zu debattieren, führt die Veranstaltung fast ad absurdum. Benzin wird in Qatar nahezu verschenkt, die Klimaanlage laufen auf Hochtouren. Und in den Konferenzräumen wird viel heiße Luft produziert.“

## Kammern legen Kennzahlen offen

ami. BERLIN, 27. November. Unter dem Druck wachsender Transparenzforderungen von Politik und Wirtschaft, nicht zuletzt auch den sogenannten „Kammerrebell“, veröffentlichten die 80 Industrie- und Handelskammern (IHK) ab sofort wesentliche Kennzahlen ihrer Arbeit im Internet. Damit sei nicht nur ein Vergleich von Kosten und Aktivitäten der Kammern möglich, sie gäben damit einen „umfassenden Einblick in ihre Struktur, Arbeit und Finanzen“, sagte der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Dachverbands DIHK am Dienstag in Berlin. Im Laufe des nächsten Jahres sollen auf der Internetseite (www.ihk-transparent.de) auch in drei Stufen Angaben über das Gehaltsgefüge in den Kammern veröffentlicht werden. Organisationen, die sich über Zwangsgebühren finanzierten, müssten zu jeder Zeit die Frage beantworten können, was sie mit dem Geld der Mitglieder anfangen, sagte der Hauptgeschäftsführer der IHK Konstanz, Claudius Marx. Im Netz lässt sich deshalb nun herausfinden, dass drei von vier Betrieben Kleingewerbetreibende sind, dass sich im Schnitt nur jeder Neunte an den Kammerwahlen beteiligt, dass die Pensionsrückstellungen sich auf 945 Millionen Euro belaufen und der durchschnittliche Beitragssatz der zahlenden IHK-Mitglieder bei 320 Euro liegt, wobei im Handelsregister eingetragene Firmen auf 595 Euro kommen. Ein Drittel der vier Millionen Unternehmen, die ihr Geld in Industrie, Handel oder mit Dienstleistungen verdienen, sind dagegen ganz von Zahlungen befreit. Die Daten unterscheiden sich je nach Kammerbezirk, etwa bei den Kosten für die Abschlussprüfungen für 350 Ausbildungsberufe. Ohne die Prüfungen der Kammern, heißt es bei DIHK, entstünden dem Staat Zusatzkosten in dreistelliger Millionenhöhe.

## Zweifel an der Tragfähigkeit der neuen Griechenland-Beschlüsse

Ein Paket zur Wiedervorlage / Antworten auf die wichtigsten Fragen

wmu/pwe/mas/ruh. BRÜSSEL/WASHINGTON/BERLIN/FRANKFURT, 27. November. Dreizehn Stunden dauerte es, bis die Euro-Finanzminister ein Paket geschnürt hatten, mit dem die Finanzierungslücke im griechischen Hilfsprogramm vorerst geschlossen wird und die griechische Staatsschuld deutlich gesenkt werden kann. Damit sind die Voraussetzungen fast erfüllt, um die nächsten Tranchen des internationalen Hilfsprogramms auszuzahlen. Auch viele Teilnehmer an der Marathonsitzung konnten freilich kaum erklären, was wirklich beschlossen wurde. In Brüssel wird auch bezweifelt, dass eine dauerhaft tragfähige Lösung gefunden ist. Erste Antworten auf die wichtigsten Fragen zur neuen Griechenland-Entscheidung:

### Wie soll die griechische Finanzierungslücke geschlossen werden?

Erstens erhält Griechenland Kredite für ein Schuldentrückkaufprogramm. Zweitens werden die Zinsen, die Griechenland auf Kredite aus früheren Programmen zahlen muss, abermals gesenkt. Drittens erlässt der Krisenfonds EFSF Griechenland 10 Basispunkte der Garantiegebühren für die zugesagten Kredite. Viertens wird die Laufzeit der bilateralen und der EFSF-Kredite verlängert, die Zinszahlungen werden gestundet. Fünftens verpflichten sich die Euro-Staaten, vom Haushaltsjahr 2013 an die Gewinne ihrer nationalen Notenbanken aus der Griechenland-Rettung Athen zu geben.

### Wie funktioniert der Schuldentrückkauf?

Der griechische Staat soll eigene Anleihen, die weit unter Ausgabewert gehandelt werden, zurückkaufen. Für Athen sinkt damit die Schuldenlast, kann es doch im Idealfall die derzeitigen Anleihen zu einem Marktwert von etwa 35 Cents je Euro zurückkaufen.

### Wie soll der Schuldentrückkauf finanziert werden?

Die Finanzierung erfolgt „innerhalb des Programms“. Der Krisenfonds EFSF soll das im laufenden Griechenland-Programm noch nicht ausgezahlte Geld vorstrecken. Dafür sollen etwa 10 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

### Welchen Betrag zur Schuldentrückkauf erbringt der Schuldentrückkauf?

Das lässt sich erst nach dem 12. Dezember sagen, wenn das Rückkaufprogramm abgeschlossen ist. Es liegt entscheidend daran, zu welchem Kurs die Regierung in Athen die Altschulden, die zu einem guten Teil bei griechischen Banken liegen, zurückkaufen kann. Zu erwarten ist, dass der Kurs der Staatsanleihen in Erwartung des Rückkaufs steigen wird.

### Welche Rolle spielt die Notenbank bei der Finanzierung?

Die Mitgliedsländer überweisen vom Jahr 2013 an einen Betrag, der den Erträgen der nationalen Notenbanken aus den von ihnen im Rahmen des ersten Anleihekaufprogramms erworbenen griechischen Schuldtiteln entspricht, auf ein Sonderkonto. Diese Summe wird auf 11 Milliarden Euro geschätzt. Mit dieser Verpflichtung ist allerdings kein Eingriff in die Gewinnermittlung der nationalen Notenbanken verbunden. „Wir werden solche Erträge bei der Gewinnermittlung weder verstecken, noch umgekehrt sorglos bilanzieren, um höhere Gewinne auszuweisen“, sagte ein Sprecher der Bundesbank. Die griechischen Staatsanleihen, die zu Kursen deutlich unter dem Nenn-



Mondschein über Athen: Ein Lichtblick in dunklen Zeiten

Foto Reuters

wert gekauft wurden, werden in den Bilanzen des Eurosystems zu fortgeführten Anschaffungswerten bilanziert. Der bilanzierte Wert erhöht sich also allmählich, bis er kurz vor der Tilgung fast dem Nennwert entspricht. Diesen und anderen Erträgen stehen allerdings auch Aufwendungen gegenüber, unter anderem für die Risikovorsorge der Notenbanken, die im Laufe der Krise stark gestiegen ist.

### Gibt es weitere Beiträge der EZB?

In den Tagen vor der Einigung wurde erwartet, dass Griechenland zusätzliche Emissionen von kurzlaufenden Schuldtiteln erlaubt werden. Das würde allerdings nur funktionieren, wenn den griechischen Banken, die als Käufer in Frage kommen, von der EZB mehr Spielraum bei der Beleihung solcher Titel eingeräumt würde. Von einer Ausweitung des Notkreditprogramms ELA (Emergency Liquidity Assistance), die dafür wohl notwendig wäre, ist im Kommuniqué der Eurogruppe jedoch nichts zu lesen. Eine ELA-Ausweitung ist damit aber nicht vom Tisch. Möglicherweise gelten zusätzliche ELA-Kredite als eiserne Reserve. Diese müsste nicht in Anspruch genommen werden, wenn private Investoren wegen des Hilfsprogramms und der Rekapitalisierung griechischer Banken wieder Vertrauen schöpfen und ihnen und dem

griechischen Staat wieder Kredit geben. Geht diese Rechnung jedoch nicht auf, dann könnte der Druck wieder auf der EZB lasten.

### Steht schon endgültig fest, dass Griechenland die volle Kreditsumme erhält?

Nein. Sowohl die Eurogruppe wie der IWF entscheiden darüber erst nach dem 12. Dezember. Die Geschäftsführende Direktorin des Fonds, Christine Lagarde, macht die Zustimmung davon abhängig, dass der Schuldentrückkauf griechischer Anleihen erfolgreich ist. Die Eurogruppe will schrittweise auszahlen. Zunächst soll Griechenland im Dezember nur 10,6 Milliarden Euro für den Haushalt und 23,8 Milliarden Euro zur Banken-Rekapitalisierung erhalten. Weitere 9,3 Milliarden Euro werden bis März 2013 in drei Schritten ausgezahlt, in Abhängigkeit von Reformfortschritten Griechenlands.

### Wie viel Zins muss Athen noch zahlen?

Die Zinssätze wurden um 100 Basispunkte gesenkt. Damit zahlt Griechenland nur noch 50 Basispunkte über dem Euribor-Satz, derzeit etwa 0,7 Prozent.

### Beteiligen sich alle Staaten an den Zinssenkungen?

Nein. Die „Programmländer“ Portugal und Irland sind ausgenommen. (Fortsetzung Seite 10.)

## Grenzenlose Haftung

Von Joachim Jahn

Wer Europarecht sät, wird Urteile aus Luxemburg ernten, hat der frühere Bundesverfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier einmal gesagt. Nun darf man ergänzen: Wer den Europäischen Gerichtshof fragt, darf sich über die Antwort nicht wundern. Die Europäer haben den Krisenfonds ESM im Blitzverfahren gebilligt – ohne Wenn und Aber. Der „Rechtsakt“ (wie es im Brüsseler Jargon heißt), der selbst aus Luxemburger Sicht die Kompetenzen der europäischen Institutionen überschreite, muss erst noch erfinden werden. Die Richter haben zugleich der Heerschar von Klägern vor dem Bundesverfassungsgericht im laufenden Hauptsacheverfahren gegen den ESM ein wichtiges Argument aus der Hand geschlagen. Denn ihrem Urteil zufolge verletzen die ewigen Rettungspakete nicht das Haftungsverbot, mit dem man einst die Deutschen zum Verzicht auf die D-Mark bewegt hat. Über diese Einschätzung dürfen sich die Karlsruher Verfassungshüter nun nicht mehr hinwegsetzen, denn das Europarecht besitzt „Anwendungsvorrang“ – selbst gegenüber nationalem Verfassungsrecht. Man darf gespannt sein, was dem Verfassungsgericht in seinem endgültigen Entscheid zur Rolle der EZB einfällt.

## Durchsichtig

Von Andreas Mihm

Auch wenn sich der fürsorgende Staat auf dem Vormarsch befindet, wesentliche Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft sind seinem direkten Zugriff verwehrt. Die Sozialversicherungen verwalten die sie finanzierenden Arbeitgeber und Gewerkschaften in Teilen selbst; in der Wirtschaft regeln Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern Ausbildung und Zulassung im Staatsauftrag. Das ist gut, nicht nur weil der Staat damit Millionenbeträge spart, sondern weil er Aufgaben auf dafür geeignete Stellen delegiert. Das ist richtig verstandene Subsidiarität. Aber daraus erwächst mehr als nur das Recht der Kammern, Zwangsbeiträge zu kassieren. Es beinhaltet die Pflicht, Rechenschaft abzulegen und sich an anderen messen zu lassen. Das wird künftig einfacher, weil die 80 Industrie- und Handelskammern über ihre Aktivitäten, Kosten und Beiträge in einem Internetportal berichten. Nur mit Transparenz können sie um Akzeptanz bei ihren skeptischen Zwangsmitgliedern und in der Politik werben und langfristig ihre Rolle bewahren. Das Projekt, sich durchsichtig zu machen, ist so lobenswert, dass niemand etwas dagegen gehabt hätte, wenn sie früher auf die Idee gekommen wären.

## Mehr Kredit für null Zins

Von Holger Steltzner

Die nächsten 44 Milliarden Euro fließen nach Athen. Die Erleichterung über den Kompromiss im Streit zwischen der Eurogruppe und dem Internationalen Währungsfonds ist in Brüssel, Berlin, Paris oder Washington größer als die Sorge um die Bedienung der Kredite durch Griechenland. Formal können die „Retter“ an der Illusion der Schuldentragfähigkeit festhalten, weil sie die Rückzahlung der Kredite auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Außerdem wird die Zahlung von Zinsen für ein Jahrzehnt gestundet, das bringt eine zusätzliche Erleichterung von ebenfalls 44 Milliarden. Dieser Verzicht geht richtig ins Geld, weil inzwischen die Gesamtsumme der Finanzhilfen mit 246 Milliarden Euro gewaltig ist. Darüber hinaus wird der später vielleicht zu zahlende Zins auf fast null Prozent gedrückt. Schließlich wird die Auszahlung von künftigen Kredittranchen vorgezogen. Durch solche und andere Buchungstricks drücken die „Retter“ die Schuldenquote Griechenlands auf das vom Währungsfonds gewünschte Niveau.

Mit geschenktem Geld und vager Aussicht auf eventuelle Rückzahlung durch die nächste Generation kann Athen gut neue Schulden machen. Nach dieser Krisenverhandlungsnacht kann auch der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble nicht länger behaupten, die „Euro-Rettung“ koste kein Geld. Die Stundung von Zinsen ist ein Forderungsverzicht und damit eine Spielart des Schuldenschnitts, der politisch so nicht genannt werden darf, damit die Finanzminister aus Deutschland, Finnland und den Niederlanden ihr Gesicht nicht verlieren. Dem Gläubiger und damit letztlich dem Steuerzahler kann es am Ende egal sein, ob er auf die Rückzahlung oder die Zinsen oder auf etwas von beidem verzichten muss.

Da die Geberländer für ihre Kredite an Griechenland selbst Kredite aufnehmen und Zinsen zahlen müssen, werden also Transferzahlungen in Milliardenhöhe nach Athen überwiesen. Aber auch das darf man in Deutschland politisch nicht aussprechen, weil sonst angeblich die Zustimmung des Bundestags für die Hilfe gefährdet wird. Umso lauter reden deutsche Politiker von harten Auflagen, obwohl sie doch Geld verschenken. Da waren die „Retter“ schon mal ehrlicher, als sie die privaten Gläubiger zum Schuldenschnitt zwangen. Obwohl die Staatsschuld nun wieder so hoch ist wie vor dem Schnitt, tun die Illusionskünstler weiter so, als könne Griechenland die Kredite irgendwann zurückzahlen. Als Argument gegen den eigentlich notwendigen Schuldenschnitt auch für öffentliche Gläubiger führt Schäuble ausgerechnet das deutsche Haushaltsrecht an, das angeblich die Vergabe neuer Kredite verbietet, wenn die Rückzahlung fraglich sei. Das hält ihn aber nicht davon ab, die nächste

Tranche anzuweisen. Schäuble wird wohl auch kaum aufs Haushaltsrecht pochen, wenn Zypern wie gewünscht als erste Hilfe einen Kredit in Höhe seines jährlichen Bruttoinlandsprodukts bekommen wird, obwohl in diesem Fall sogar der Bundesnachrichtendienst vor der Wäsche von russischem Schwarzgeld warnt.

Wie viel der geplante Schuldentrückkauf durch die griechische Regierung bringen wird, weiß niemand. Im Zahlentableau der Eurogruppe steht für den Kauf der am Markt umlaufenden Staatsanleihen mittels neuer Kredite aus dem Euro-Krisenfonds ESM der Schlusskurs der letzten Woche. Kaum

## Geschenktes Geld und Buchungstricks retten Griechenland nicht aus dem Schuldensumpf.

anzunehmen, dass sich Hedgefonds oder andere Anleihebesitzer damit abspenken lassen. Auch die erwarteten Gewinne der Notenbanken aus der Rückzahlung von älteren Griechenland-Anleihen sind noch nicht realisiert, sie fließen auch nicht sofort. Diese Gewinne sollen nach Athen weitergereicht werden. Aber sie fehlen in den Haushalten der Geberländer, weil sie dort schon verbucht sind. Für das abermalige Anwerfen der elektronischen Notenpresse der Europäischen Zentralbank ist kein Betrag genannt. Hier handelt es sich um so etwas wie den Joker. Was nach Auszahlung der vielen Unbekannten fehlt, soll wohl von der EZB kommen, die ihre Notfallhilfe für griechische Banken weiterlaufen lässt, um den griechischen Staat finanzieren zu können. Auch hier gilt ein politisches Sprechverbot. Monetäre Staatsfinanzierung darf das kein Mensch nennen. Mal sehen, ob diese Form der „Rettung“ Griechenland bis zur Wahl in Deutschland trägt.

Griechenland habe geliefert, sagte Jean-Claude Juncker, Chef der Eurogruppe, zum Auftakt des Verhandlungsmarathons. Tatsächlich hat die neue Regierung in Athen nur die nach unten geschraubten Auflagen der Troika erfüllt und einige Voraussetzungen für Reformen geschaffen. Wirklich sind diese noch nicht. Solange etwa die Steuerverwaltung in Griechenland ausstehende Steuern nicht einreibt, fragen sich Steuerzahler aus anderen Ländern, warum sie dafür zahlen sollen. Inzwischen glaubt sogar die Eurogruppe den Reformversprechen nicht mehr. Sonst würden die „Retter“ kein Sperrkonto einrichten, die Auszahlung aufteilen und von konkreten Reformschritten abhängig machen. Weder Forderungsverzicht noch Transferzahlung können ein Griechenland aus dem Schuldensumpf retten, das seine Strukturen und Verhaltensweisen nicht ändert.

## Heute

### Kein Kind der CSU

Wer das Betreuungsgeld für eine Erfindung aus Bayern hält, der irrt. In Skandinavien gibt es die Prämie schon lange. Auch im Norden ist sie höchst umstritten. Seite 10

### Schiff für Studenten?

In Deutschland gibt es zu wenige günstige Wohnungen für Studenten. Bauminister Ramsauer prüft nun die Umwidmung von Kasernen, Zollgebäuden und Hotelschiffen. Seite 11

## Unternehmen

### Deka will sich transformieren

Die Fondsgesellschaft der Sparkassen bietet künftig auch Private-Banking-Anlagen an und macht so der eigenen Finanzgruppe Konkurrenz. Seite 16

### Eine Pille für die Forschung

Die Kosten für die Entwicklung neuer Arzneimittel steigen rasant. Der belgische Konzern UCB glaubt das Rezept gegen den teuren Trend gefunden zu haben. Seite 15



### Konstanz im Übergang

Elisse Walter wird die neue Präsidentin der amerikanischen Börsenaufsicht SEC. Präsident Barack Obama geht mit ihr den Weg des geringsten Widerstandes. Seite 14

### Erfolgreich gegen Korruption

Bestechung ist auch in Deutschland kein Fremdwort. Der Kampf dagegen zeige jedoch Wirkung, lautet das Fazit einer Studie über Wirtschaftskriminalität. Seite 13

### Schwierige Selbstanzeigen

Steuerberater und Finanzbeamte hadern mit den Schwierigkeiten, die die Erhöhung der Hürden für strafbefreiende Selbstanzeigen ausgelöst hat. Recht & Steuern. Seite 19

## Familien tragen die Hälfte der Pflegekosten

Pflege kostet Angehörige im Schnitt 31 000 Euro / Studie

bbth. BERLIN, 27. November. Für die Pflege eines Angehörigen müssen Familie und Patient im Schnitt 31 000 Euro aus der eigenen Tasche aufbringen. Damit übernehmen sie fast die Hälfte der Gesamtkosten. Aus der Pflegeversicherung kommen noch einmal 33 000 Euro dazu. Diese Durchschnittswerte hat Deutschlands größte Krankenkasse Barmer/GEK in ihrem am Dienstag vorgestellten Pflegebericht 2012 errechnet. Darin wurden nach ihren Angaben erstmals die Kosten beziffert, die Pflegebedürftige über ihre Lebenszeit verursachen. Grundlage war der Vergleich von 2000 Pflegepatienten. Demnach brachten die Angehörigen im Jahr 2009 jeden Monat 339 Euro für die Pflege ihres Familienmitglieds in der niedrigsten Pflegestufe 1 auf – zusätzlich zum Pflegegeld. Die Autoren der Studie prognostizieren, dass sich dieser Betrag binnen 3 Jahren auf 407 Euro erhöhen wird. Nur in der höchsten Pflegestufe 3 – die für stationäre Pflege gewährt wird – soll der Eigenanteil konstant bleiben. Gerade die Anzahl der Menschen mit Pflegestufe 1 hat sich allerdings seit 1996

mehr als verdoppelt, wohingegen die anderen beiden Stufen nahezu konstant geblieben sind. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums bezogen zuletzt 2,5 Millionen Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung, davon wurden 1,7 Millionen Menschen ambulant versorgt.

Rolf-Ulrich Schlenker, der Vize-Vorstandsvorsitzenden der Barmer GEK, sagte, die Zahlen belegten, dass „die Pflegeversicherung immer eine Teilkaskoversicherung war, ist und bleiben wird“. In der Studie wird außerdem hervorgehoben, dass die Versorgung von Frauen mit im Durchschnitt 84 000 Euro doppelt so teuer ist, wie die von Männern (42 000 Euro). Entsprechend höher sind auch die Eigenanteile. Für Frauen betragen sie 45 000 Euro, für Männer 21 000 Euro. Das sei darauf zurückzuführen, dass Frauen länger lebten und deshalb auch meist längere Heimaufenthalte benötigten.

Die Forscher sagen außerdem voraus, dass die Anzahl der Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren langsamer steigen wird als im vergangenen Jahrzehnt. Während sich die Zahl 2010 noch um

3 Prozent jährlich erhöhte, sei 2011 erstmals ein gebremstes Wachstum festgestellt worden. Bis 2030 werde der Zuwachs auf nur noch ein halbes Prozent im Jahr zurückgehen. Schlenker rief daher dazu auf, die Pflegeproblematik nicht zu dramatisieren, insbesondere da in den Kassen noch rund 5 Milliarden Euro Reserven lägen. Dennoch müsse die finanzielle Basis der Pflegeversicherung verbreitert werden.

Kritisch äußerte er sich zu der von der Regierung beschlossenen Pflegereform. Demnach sollen private Pflegezusatzversicherungen von Januar an mit bis zu 60 Euro im Jahr staatlich bezuschusst werden, wenn der Kunde mindestens 120 Euro in den Vertrag selbst einzahlt. Die Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes will das Bundeskabinett an diesem Mittwoch verabschieden. Schlenker nannte den Förderbetrag von 5 Euro im Monat unzureichend und einen Tropfen auf den heißen Stein. Die Reform beinhaltet auch eine Beitragserhöhung um 0,1 Punkte von Januar an zur Finanzierung zusätzlicher Hilfen für Demenzpatienten.

FIRMENINDEX	Seite	Citigroup	Ericsson	Knorr-Bremse	Nordex	Scandlines
Allianz Global Investors	16	Conagra Foods	13	Goldman Sachs	14	Superfund
Arcelor-Mittal	14	Credit Suisse	15, 16	Helaba	16	TDC
Atlantik	12	Deka	16	Hewlett-Packard	15	Virgin Money
Bombardier	15	Deutsche Bank	14, 16	Haniel	15	Vistajet
Bosch	14	DFDS	12	Honda	15	West LB
Brain AG	12	DZ Bank	16	Hornbach	12	ZF Friedrichshafen

# Norwegen hat das Betreuungsgeld gekürzt

In Skandinavien gibt es die Sozialleistung seit langem. Wegen unerwünschter Folgen ist es umstritten und mehrfach reformiert worden.

1zt. FRANKFURT, 27. November. Wer das Betreuungsgeld für eine Erfindung der CSU hält, der irrt. In Nordeuropa, das wegen gut ausgebauter Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder gemeinhin am anderen Ende des politischen Spektrums als Vorbild gehandelt wird, erhalten Eltern seit vielen Jahren Geld vom Staat, wenn sie auf das öffentliche Angebot verzichten und ihre Kinder zwischen deren erstem und drittem Geburtstag zu Hause erziehen: in Finnland seit 1985, in Norwegen seit 1998 und in Schweden seit 2008.

Vor allem in Norwegen war die von einer bürgerlichen Regierung eingeführte Leistung allerdings von Anfang an umstritten. In mehreren Schritten wurde sie deshalb in den vergangenen Jahren von der derzeitigen Regierung unter sozialdemokratischer Führung gekürzt, zuletzt im zurückliegenden Sommer, als sie auf das zweite Lebensjahr der Kinder beschränkt wurde. Seit 2003 sind sowohl die mögliche Auszahlungsdauer als auch die Zahl der Empfänger deutlich gesunken. Wurde das Betreuungsgeld in der Spitze an rund 75 Prozent aller Eltern ausgezahlt, waren es zuletzt weniger als 25 Prozent; parallel ist die Zahl der verfügbaren Kita-Plätze stark gestiegen. In Finnland nehmen etwa 50 Prozent der Eltern die Leistung in Anspruch, in Schweden weniger als 5 Prozent. Dort und in Finnland beträgt der Auszahlungsbetrag umgerechnet rund 330 Euro im Monat. In Norwegen sollte die Summe ursprünglich dem staatlichen Zuschuss zur Betreuung in einer Kindertagesstätte entsprechen, eine Angleichung an dessen Erhöhung fand jedoch nur Anfang statt. Nach Berechnungen der Tageszeitung „Aftenposten“ ist die jährliche Höchstsumme daher seit 2003 inflationsbereinigt um 20 Prozent gesunken.

Ausgezahlt wird auch dann, wenn Eltern ihr Kind nur wenige Stunden in der Woche in öffentliche Betreuung geben oder es zur Finanzierung einer privaten Betreuung einsetzen. Die jüngste Reform in Norwegen, die im August in Kraft getre-

ten ist, hat die Regeln vereinfacht. Gab es vorher, je nach beanspruchter Zeit in öffentlicher Betreuung, fünf Auszahlungsstufen, erhalten Eltern nun entweder umgerechnet 680 Euro im Monat, wenn sie auf die Kita verzichten, 450 Euro, wenn sie diese zwanzig oder weniger Stunden in der Woche nutzen, oder nichts, wenn die Betreuungszeit darüber liegt.

Auch wird nach Alter differenziert: Während die Leistung für Kinder zwischen dem dreizehnten und achtzehnten Lebensmonat angehoben wurde, wird sie für Kinder im dritten Lebensjahr nicht mehr gezahlt. So soll Geringverdienern



Gut betreut: Kinder in Schweden Foto AFP

der Anreiz genommen werden, ihren Kindern eine öffentliche Betreuung aus finanziellen Gründen vorzuenthalten. Denn genau diese unerwünschte Folge des Betreuungsgeldes haben Sozialwissenschaftler rasch festgestellt: Unter den Beziehern der Leistung gibt es überproportional viele Eltern mit niedrigem Bildungsniveau. Außerdem hat es sich den Statistiken zufolge besonders negativ auf den Beschäftigungsgrad von Müttern mit Migrationshintergrund ausgewirkt. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Finnland und Schweden.

Unter dem Titel „Mein Katalonien“ veröffentlichte George Orwell 1938 ein immer noch oft zitiertes Buch über seine Erfahrungen im Spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 1939), insbesondere den Kampf der katalanischen Sozialisten, Kommunisten und Anarchisten gegen die aufständischen Truppen von General Franco. In den fast 40 Jahren Diktatur nach Ende des Bürgerkriegs hat Francos Regime nicht nur das Baskenland, sondern auch Katalonien massiv unterdrückt. Heute steht nach 35 Jahren Demokratie die autonome Region Katalonien – noch mehr als die akute Bank- und Schuldenkrise – im Mittelpunkt aller Diskussionen im krisengeschüttelten Spanien. Der Rest Europas nimmt davon noch wenig Notiz. Dabei geht es um einen Sprengsatz für den spanischen Staat: Der amtierende regionale Ministerpräsident Artur Mas hat sich vergangenen Sonntag vorzeitig den Wahlen zum katalanischen Parlament gestellt. Zwar hat seine liberal-konservative Partei CiU (Convergència i Unió) die absolute Mehrheit verfehlt und sogar Parlamentssitze eingebüßt. Aber nun hält Mas nach Verbündeten Ausschau, um doch noch sein Referendum, in dem er (nur) die Katalanen über die volle Souveränität Kataloniens und eine Abspaltung von Zentralspanien abstimmen lassen will, durchzusetzen. Er wird sie vermutlich in der nationalistischen Linken (ERC) finden.

Fortsetzung von Seite 9

## Zweifel an der Tragfähigkeit

Wie viele Kredite sind Griechenland seit 2010 zugesagt worden?

Etwa 246 Milliarden Euro. Sie setzen sich zusammen aus 73 Milliarden Euro, die im ersten Programm ausgezahlt wurden, und den im zweiten Programm zugesagten rund 173 Milliarden Euro.

Wie solide ist der Schuldenabbau durchgerechnet?

Offenbar nicht sehr solide. Schon jetzt zeichnet sich neuer Bedarf nach dem Ende der laufenden Griechenland-Programme (Euroländer: 2014, IWF: 2016) ab. Für 2016 versprechen die Europäer einen griechischen Schuldenstand von 175 Prozent, der bis 2020 auf 124 Prozent

Spanische Verfassungsrechtler halten den von Mas anvisierten Weg eines nur in Katalonien abzuhaltenden „Referendums“ für unvereinbar mit der spanischen „Constitución“; ihnen zufolge würde nur



Friedrich L. Sell ist Ökonom an der Universität der Bundeswehr in München.

eine ausreichende Mehrheit in einer Volksabstimmung aller Spanier den Austritt aus dem spanischen Staatsverbund legitimieren. Die EU-Kommission hat schon vor den Regionalwahlen festgestellt, dass ein ausgetretenes Katalonien nicht automatisch EU-Mitglied werden würde, sondern einen eigenen Aufnahmeantrag zu stellen hätte. Dieser bedürfte dann einer einstimmigen Annahme der 27 EU-Staaten. Schwer vorstellbar, dass das restliche Spanien da mitmachen würde.

Standpunkt: Friedrich L. Sell

## Ein Stillhaltepakt für Katalonien

Ohne EU-Mitgliedschaft stünde Katalonien – hoch verschuldet und mit einer Arbeitslosenquote von 22 Prozent belastet, die nur unwesentlich geringer als der nationale Durchschnitt ist – ohne Anspruch auf den Euro da, katalanische Geschäftsbanken könnten sich nicht mehr bei der EZB refinanzieren, die neu zu schaffende eigene Notenbank müsste unverzüglich eine eigene Währung aus dem Boden stampfen. Die auf Euro lautende erhebliche Staatsschuld Kataloniens müsste weiter bedient werden, was eigene Leistungsbilanzüberschüsse voraussetzt. Immerhin kommen heute schon 27 Prozent der spanischen Exporte aus Katalonien. Viele weitere Umstellungsprobleme stünden an, die schon am Beispiel Griechenlands und seines möglichen Euroaustritts diskutiert worden sind.

Für den Rest Europas würde sich eine noch viel bangere Frage stellen: Was wird dann aus dem wirtschaftlich, kulturell, politisch reduzierten spanischen Gesamtstaat, der auf nahezu 20 Prozent seiner Wirtschaftsleistung verzichten müsste? Von den sprudelnden Steuereinnahmen Kataloniens, das neben dem Baskenland die dynamischste Region darstellt, und den Nettotransfers an das übrige Spanien in der Größenordnung von 12 bis 16 Milliarden Euro einmal ganz abgesehen: Was passiert mit der Bonität des spanischen Reststaates, in welche Höhen springen

die Risikoprämien auf spanische Staatsanleihen, wie viel mehr müsste die EZB, nach einem zu erwartenden Hilfeersuchen der spanischen Regierung an den ESM, an den „Sekundärmärkten“ intervenieren, um Kurspflege zu betreiben, wie viele Jahre länger würde die Erholung der spanischen Wirtschaft und des maroden Bankensektors dauern, wie sehr würde die Arbeitslosenquote Gesamtspaniens von 25 Prozent ansteigen? Man mag sich gar nicht alles ausdenken.

Europa darf dieser sich abzeichnenden Tragödie nicht länger zusehen. Es geht darum, den streitenden Parteien (hier die spanische Zentralregierung, dort die katalanische Regionalregierung) einen Stillhaltepakt abzurufen. Da Spanien (und auch ein zukünftig denkbares selbständiges Katalonien) auf Europas Hilfen angewiesen sind, können die europäischen Institutionen eine solche Forderung auch durchsetzen: Erst nach Überwindung der europäischen Banken- und Schuldenkrise darf das Thema einer möglichen Abspaltung Kataloniens wieder auf die Tagesordnung kommen. Nur ein spanischer Gesamtstaat mit Katalonien an Bord hat nämlich eine realistische Chance, als Teil Europas der Krise zu entkommen. Gut möglich, dass eine wiedererstarkte spanische Wirtschaft und Gesellschaft den Katalanen nicht mehr so abschiedswürdig erscheint.

gehören eine geringere Beteiligung Griechenlands an europäischen Ausgabenprogrammen und eine nochmalige Zinssenkung. Aber nicht nur das: „Wir haben dann weitere Maßnahmen nicht ausgeschlossen, wenn ein Primärüberschuss erzielt wird, weil dann die rechtliche Betrachtung entfällt“, berichtete Schäuble.

Wie stark belasten die zusätzlichen Maßnahmen den Bundeshaushalt?

Im nächsten Jahr wird der Bund erstmals direkt aus dem Bundeshaushalt Geld an Athen überweisen. Hintergrund ist die Absprache, Gewinne der Notenbanken nach Athen weiterzuleiten. Für die Bundesbank sind die Zinsen und Be-

wertungsgewinne mit griechischen Anleihen (2013 rund 599 Millionen Euro) Erträge, denen Rückstellungen und Risikovorsorge gegenüberstehen. Da also nicht klar ist, wie hoch der Bundesbankgewinn ist, leistet der Bund seinen Teil direkt aus dem Bundeshaushalt an Athen. Doch zeigte sich Schäuble sicher, dass den Leistungen aus dem Bundeshaushalt irgendwann entsprechende Überweisungen der Bundesbank folgen werden. Hinzu kommt als Belastung für seinen Etat eine Mindereinnahme von 130 Millionen Euro, weil die staatseigene KfW wegen der verabredeten Zinsentlastung für Athen mit den Krediten keinen Überschuss mehr erwirtschaften wird.